

Des Christen Verhältnis zur Obrigkeit

Der Christ und der Staat
Notizen, 2022

Copyright © 2022 Thomas Jettel, qjettl@gmail.com oder jettel@bluewin.ch
Krümmenswil 414; CH-9643 Krummenau

Inhalt

I. WAS IST „STAAT, OBRIGKEIT“? WAS HEIßT „UNTERORDNUNG“?

A. *Staat*

B. *Exousia (Autorität, Obrigkeit)*

C. *Unterordnung*

D. *Was sind die Rechte des Volkes Gottes, die Gott verordnet hat?*

Bullinger:

II. WARUM UND WOZU BRAUCHEN WIR OBRIGKEIT?

A. *Wegen der Sünde des Menschen*

B. *Der erste Zweck der Obrigkeit ist, Gott zu dienen.*

C. *Sinn und Zweck der Obrigkeit ist, dass sie Gottes Dienerin ist.*

III. WAS IST DIE AUFGABE DES STAATES? RÖM 13

A. *Das Böse bestrafen und so einzudämmen – und das Gute loben*

B. *Frieden und Ordnung gewährleisten und bewahren und so das Zusammenleben ermöglichen bzw. sichern und schützen.*

IV. WAS IST DIE AUFGABE DES STAATES NICHT?

A. *Familienaufgaben an sich reißen.*

B. *Den Handel und die Wirtschaft kontrollieren.*

C. *Die Gesundheitsversorgung des Volkes kontrollieren.*

D. *Staatliche soziale Absicherung obligatorisch machen.*

E. *Die Seelsorge (z. B. durch verpflichtende Psychotherapie) staatlich regeln oder eine Staatsreligion einführen*

F. *Beispiele für böses Handeln des Staates bzw. der Bediensteten und der Regenten des Staates*

Familienzerstörung

Umdoktrinierung der neuen Generation

Verfügungsgewalt über die geistige Entwicklung der neuen Generation

Verfügungsgewalt über das Geld und über das Eigentum des Volkes

Gefährdung des menschlichen Lebens

Weitere Beispiele

V. WIE VERHALTEN SICH STAAT UND GESELLSCHAFT ZUEINANDER?

A. *Staatliche Obrigkeit ist nicht gleich Gesellschaft.*

B. *Der staatlichen Obrigkeit unterstehen nicht alle Bereiche der Gesellschaft.*

C. *Gott verlangt eine Trennung von Kirche (christlicher Gemeinde) und Staat.*

VI. WAS IST DIE AUFGABE DER GEMEINDE IN BEZUG AUF DEN STAAT?

A. *Unterordnung Röm 13, 1Petr 2; Tit 3*

B. *Gutes tun Röm 13*

C. *Gebet und Wortverkündigung*

D. *Den Staat konkret an seine Aufgabe erinnern*

Die Gemeinde (Kirche) kann und soll den König (bzw. die von Gott eingesetzte Regierung) beraten und unterweisen.

Veränderung der Gesellschaft geschieht nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben.

E. *Warum verordnete Gott Obrigkeit? (n. T. Riemschneider)*

VII. DIE FRAGE NACH DEM RECHT AUF WIDERSTAND

A. Begründung des Widerstands (bezogen auf Deutschland)

B. Einschränkungen

Der Widerstehende darf nicht Röm 13 und 1Petr 2 in Frage stellen

Zuerst soll die Armee und Polizei dieses Widerstandsrecht ausführen.

C. Wie handeln die Heiligen richtig im Widerstand?

Die Heiligen unterordnen sich grundsätzlich der Gewalt der Obrigkeit

Ab wann ist Widerstand also angesagt? (n. Th. Riemenschneider)

Wann also widersetzen? (nach Th. Riemenschneider)

a. Wenn der Staat etwas verbietet was Gott gebietet.

b. Wenn der Staat etwas gebietet, was Gott verbietet.

c. Wenn der Staat etwas gebietet, wozu er kein Recht und keinen Auftrag besitzt, und wenn das Gebotene zum Schaden des Volkes ist.

Wie sieht der Widerstand aus?

a. Die Heiligen beten und warten

b. Die Heiligen dürfen den Staat daran erinnern, dass er Gott unterstellt und Gottes Diener ist. Röm 13.

c. Die Heiligen leisten nur dort Widerstand, wo sie gezwungen werden, Gottes Gebot zu übertreten oder wo das Leben und die Rechte anderer (z. B. Ungeborene im Mutterleib) geschützt werden muss (2M 1; Jos 2; 1Sam 14).

Der Widerstand ist gewaltlos.

d. Die Heiligen tun sich nicht mit Aufrührern zusammen.

e. Verschiedene Wege des Widerstands

D. Ein Wort von Bullinger

EXKURSE ZU KRIEG, CORONA UND POLITIK

A. Die Frage der Kriegsführung

Darf die Obrigkeit Kriege führen?

a) bei Notwehr, als Selbstverteidigung.

b) bei Verteidigung anderer Hilfloser/Unschuldiger (Erste-Hilfe-Pflicht).

Wie soll die Obrigkeit Kriege führen?

a) Mit Vernunft

b) Mit Gottes Hilfe

c) Ungerechte Kriege werden verurteilt.

Christen und Kriege

Christen dürfen sich bei Angriffskriegen nicht beteiligen.

B. Die Corona-Krise und die Aufgabe der Gemeinde Jesu

Corona als geistlicher Testfall – Ein Artikel von A Schnebel

C. Dürfen die Heiligen in die Politik?

I. Was ist „Staat, Obrigkeit“? Was heißt „Unterordnung“?

Wichtige Bibelstellen: Röm 13,1-7; 1Petr 2,13-17; Tit 3,1; Mt 21,22

A. Staat

Der Staat ein auf einen Bund gründenden Zusammenschluss (eine Eidgenossenschaft) von Familien (Sippen, Stämmen).

Der Staat ist ein Zusammenschluss von Sippen/Stämmen zu einem Bund mit gemeinsamer Vertretung nach außen, eine alttestamentliche Eidgenossenschaft.

B. Exousia (Autorität, Obrigkeit)

Obrigkeit gibt es von Gott her, Röm 13. Jesus Christus ist nicht nur das Haupt der Gemeinde, sondern ihm ist auch alle Vollmacht gegeben im Himmel und auf Erden. Kein Regierender hätte Autorität (Vollmacht), wenn sie ihm nicht von oben gegeben wäre, Joh 19,11.

gr. Exousia: Autorität, Vollmacht, Macht, Gewalt (äußere Gewalt), Handlungsgewalt, Handlungsbefugnis

Der Staat ist eine Gottgegebene Ordnungsmacht, in dieser Funktion ist er ein Segen.
„Durch mich sind Könige Könige und erlassen Würdenträger gerechte Entscheidungen“ (Spr 8,15)
„Ein König bringt durch Recht dem Land Bestand, doch ein Mann der Abgaben bringt es herunter.“ (Spr 29,4)
Ein König, der die Geringen in Wahrheit richtet, dessen Thron steht fest für immer. (Spr 29,14)

Es ist Gottes unumstößlicher Wille, dass das Wort Gottes immer regieren muss, d. h., an erster Stelle steht, auch in staatlichen Gebilden.

(Vgl. das Wort des preussischen Königs 1847: *Der preussische König wandte noch 1847 gegen den Antrag des Landtages auf eine Verfassung ein, dass er niemals zugeben könne, „dass sich zwischen unsren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als zweite Vorsehung, eindrängte, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen.“* (nach: Karl Kupisch. Kirchengeschichte V: 1815-1945. Urban-Tb. W. Kohlhammer: Stuttgart, 19862. S. 37)

C. Unterordnung

Christen müssen sich so weit wie möglich den staatlichen Autoritäten unterordnen, d. h. fügen.

Der Christ und die Gemeinde Jesu dürfen nie dem Wort Gottes übergeordnet werden, auch die staatliche Macht nicht, denn staatliche Macht an sich ist von Gott eingesetzt und daher dem Wort Gottes (und somit Gott) untergeordnet.

D. Was sind die Rechte des Volkes Gottes, die Gott verordnet hat?

- a) Versammlungsrecht, um auf Gottes Wort hören zu können und im Blick auf Christus (den Herrn von allem) dienen zu können. Es geht um die Kernaufgaben der Gemeinde Jesu.
- b) das Recht, Gott anzubeten, zu loben, zu singen, zu beten.
- c) das Recht, Gottes Wort zu verkünden. Eph 4,11: Die Wort-Gottes-Verkündigung (in Mission, Evangelisation, Lehre) darf vom Staat nicht angetastet werden.

Bullinger:

Wer in einem Königreich lebt, soll daher dem König gehorchen, und wer in einer Republik lebt, den Bürgermeistern, Schultheißen, Zunftmeistern und Ratsherren. Es ist nämlich wichtiger, der Anordnung Gottes zu gehorchen, als vorwitzig darüber zu diskutieren, welche dieser Regierungsformen die bessere sei. Die Menschen benötigen sehr wohl eine Obrigkeit, ja sie ist so nötig, dass ohne das Wirken einer Obrigkeit das Zusammenleben der Menschen keinen fruchtbaren Bestand haben kann. ...

Weil Gott die Menschen liebt und die Menschheit, die Ruhe und das menschliche Zusammenleben beschützen und erhalten will, hat er eine Abhilfe für die schweren menschlichen Krankheiten geschaffen und eben die Obrigkeit eingesetzt, die sich kraft des

Rechts und der Gerechtigkeit zwischen die Streitenden stellt, sie richtet und trennt, Gewalt und Leidenschaften in ihre Schranken weist und die Unschuldigen schützt.

II. Warum und wozu brauchen wir Obrigkeit?

Warum ist Obrigkeit nötig?

A. Wegen der Sünde des Menschen

Gesetz und Polizei sind nötig, weil wir Menschen sündig sind.

Jede Staatsform ist besser als keine. Jede Autorität ist besser als keine.

Anarchie zerstört, weil wir Menschen Sünder sind. Nur Gott ist gut.

Wozu?

B. Der erste Zweck der Obrigkeit ist, Gott zu dienen.

und den Gottesfürchtigen zu schützen (oder gewähren zu lassen).

Tut sie es nicht, ist sie der mangelhaften Ausübung ihres Amtes schuldig. (Bonhoeffer)

Staatliche Gewalten (Regierende) dürfen sich nicht zu Gott machen oder über Gottes Gebot erheben. Jesus Christus ist der Herr jeder Obrigkeit, Eph 1,10; 1,20f; Mt 28,18.

DESHALB zahlt ihr Steuer: um dem Staat die Möglichkeit zu geben, Gott zu dienen, nämlich Böses zu strafen, Gutes zu loben/zu belohnen.

„Gebt also dem Kaiser ab, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ (Mt 22:21), auch dann, wenn der Steuersatz zu hoch ist.

Beiden hat man zu geben: dem Kaiser UND dem Gott Jahweh

Vgl. Mal 3,7-12; 1Kor 9,12-14; 16,2.3; Apg 11,27.28.

C. Sinn und Zweck der Obrigkeit ist, dass sie Gottes Dienerin ist.

Die Obrigkeit hat einen göttlichen Auftrag: durch ihre Autorität (mithilfe des Schwertes; = mithilfe von Gewaltanwendung) und durch ihre richterliche Gewalt dem Haupt Jesus Christus bzw. Gott zu dienen.

Wie?

– Indem sie mittels des Schwertes äußere Gerechtigkeit, Frieden, Ordnung herstellt und bewahrt. Das Schwert der Obrigkeit schützt den Menschen und überhaupt das Leben.

Die Obrigkeit ist Gottes Dienerin als eine, die das Gute belohnt und fördert und das Böse bestraft und so hemmt.

Was ist gut?

– Gott, Gottesdienst,

– alles, was Jesus Christus Raum gibt

– alles war zu Christusähnlichkeit führt

– Gottes Gesetz

– alles, was dazu verhilft, es aufrechtzuerhalten

→ Wer selbst das Gesetz Gottes nicht schützt und nicht lehrt, handelt böse.

Wer das, was dazu führt, Gottes Gesetz zu **übertreten**, nicht bestraft, handelt böse.
Der Staat darf nicht losgelöst vom Wort Gottes handeln.

Daher muss die Stimme Gottes via Gemeinde Jesu hörbar werden, wenn sich der Staat gegen das Wort Gottes stellt (und z. B. Christen verbietet, sich zu versammeln, zu singen, oder biblische Inhalte censuriert.) Da dürfen die Heiligen nicht schweigen.

Wenn z. B. die Christen sich nicht mehr so treffen dürfen wie vorher, muss die Stimme Gottes bei der Obrigkeit zu hören sein. Das darf nicht schweigend hingenommen werden.

Die Obrigkeit muss die Christliche Versammlung schützen.

Zeitweilige (!) Auflagen in Notsituationen sind erlaubt, wenn sie sinnvoll sind, aber nicht monatelang oder gar jahrelang. Das darf nicht eingeübt werden, man darf sich nicht daran gewöhnen lassen. Das darf nicht zum „Neuen Normalen“ werden.

Das (physische) Zusammenkommen der Heiligen ist wichtig.

III. Was ist die Aufgabe des Staates? Röm 13

Die Aufgabe der Obrigkeit ist:

A. Das Böse bestrafen und so einzudämmen – und das Gute loben

D. h.: Gerechte Justiz; Gesetze verabschieden, gerechte Bestrafung durchführen.

Obrigkeit muss erkennen: Ihre Autorität ist eine von Gott verliehene (Joh 19,11), von dem Gott, dem sie *rechenschaftspflichtig* ist. Das bedeutet: Wahrung der Gerechtigkeit mittels äußerer Gewalt (Macht, Exousia – via Schwert).

Als Rechtsstaat lobt er das Gute und strafft er das Böse. Was gut/böse ist, definiert Gott, nicht der Staat.

Seine Macht/Autorität hat er gerade deshalb, weil er sich für das Recht einsetzt. Gott gibt ihm se Macht. Joh 19,11.

Der Staat untersteht dem Gesetz, nämlich *Gottes* Gesetz.

Ps 99,4: „Die Stärke [ist] des Königs, der das Recht liebt. Du hast die Rechtsordnung fest gegründet. Recht und Gerechtigkeit in Jakob hast du geübt.“

Apg 25,11: „..., denn wenn ich etwas des Todes Würdiges begangen habe, weigere ich mich nicht zu sterben; wenn aber nichts [an dem] ist, dessen diese mich anklagen, kann niemand mich ihnen aus Gefälligkeit preisgeben. Ich berufe mich auf den Kaiser.“

Der Staat darf keinen Unterschied unter den Menschen machen, d. h., nicht „Person ansehen (eigl.: Angesicht ansehen); er darf auch keinen Unterschied zwischen Christen und Nichtchristen machen. Er beurteilt *die Werke*, das Tun (Röm 13,3).

Was böse ist, sagt Gott. Das weiß auch der Staat. Die Regierenden sind Gott unterstellt.

Die Heiligen dürfen nie in Frage stellen, dass der Staat das Schwert trägt. Sie dürfen das nie boykottieren. D. h.: Die Heiligen haben grundsätzlich eine positive Einstellung gegen Polizei und Justiz. Sie unterstützen diese im Kampf gegen das Böse.

Kritik am Staat (am Regierenden) darf nie die Abschaffung der staatlichen Gewalt **an sich** zum Ziel haben. Anarchie ist gegen Gottes Willen.

B. Frieden und Ordnung gewährleisten und bewahren und so das Zusammenleben ermöglichen bzw. sichern und schützen.

Die Obrigkeit soll Leben bewahren (schützen).

Sünde bringt Unordnung und Tod. Sünde muss bestraft und Tod verhindert werden.

Auf diese Dinge ist die Aufgabe des Staates beschränkt!

Daher beten wir für die in höherer Stellung; ein Gebet um Frieden im Land, damit wir Frieden und Ordnung haben im Staat und unseren geistlichen Dienst verrichten können, unseren Glauben ausleben können, das Königreich Gottes verbreiten können.

1Tm 2,1-4

Die Gemeinde sollte jeden Sonntag für die Regierung des Landes beten, im Sinne Gottes. Sie sollte auch beten gegen Missbrauch von Gewalt und gegen die Aushöhlung der Gebote Gottes.

IV. Was ist die Aufgabe des Staates nicht?

A. Familienaufgaben an sich reißen.

Der Staat darf die Kindererziehung nicht an sich reißen. Die Kinder gehören den Eltern, nicht dem Staat. Die Kinder gehören dem Erzeuger der Kinder. Der Staat darf keine Kindergartenpflicht oder staatliche Schulpflicht einführen. Er darf nicht die Bildung und Erziehung des Volkes kontrollieren oder beeinflussen.

B. Den Handel und die Wirtschaft kontrollieren.

Der Staat darf keinen bargeldlosen Geldverkehr einführen. Dadurch bekäme der Staat große Macht über die Bürger des Volkes.

C. Die Gesundheitsversorgung des Volkes kontrollieren.

Der Staat hat nicht die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch gesund ist, gesund bleibt und dass Intensivbetten frei bleiben.

Er darf keine obligatorische Krankenkassenpflicht einführen.

So genannte Epidemie-Gesetze können für den Staat eine Möglichkeit sein, das Volk über Gebühr zu kontrollieren und zu bevormunden (z. B. Maskenpflicht für Gesunde; vgl. 3Mo 13-14).

D. Staatliche soziale Absicherung obligatorisch machen.

Im Sozialstaat, ist das „Geben für die Armen“ staatlich geregelt, was aber nicht Aufgabe des Staates ist. Geld an die Armen zu verteilen, ist nicht Aufgabe des Staates. Auch die Altersversorgung ist nicht Aufgabe des Staates. Er hat weder die Befugnis noch die Pflicht, Abgaben zur Rentenversicherung einzuführen.

E. Die Seelsorge (z. B. durch verpflichtende Psychotherapie) staatlich regeln oder eine Staatsreligion einführen

Der Staat darf sich weder in Religions- noch Gewissensfragen einmischen. Der Staat darf nicht das Denken des Menschen manipulieren.

Würde der Staat dieses alles tun, würde er die Gesellschaft steuern und ihr die Freiheit entziehen, er würde die Familie und die Kirche entmündigen, die Gewissensfreiheit und selbständiges Denken einschränken.

F. Beispiele für böses Handeln des Staates bzw. der Bediensteten und der Regenten des Staates

Familienzerstörung

durch Genderlehre,

durch Zulassung von homosexuellen Handlungen, Schützen der Schwulen-, Lesben-, Gender-Lobby etc.

durch Abtreibung, Fortpflanzungssteuerung, sodass einerseits Kinder künstlich im Reagenzglas gezeugt werden (und dafür bezahlt wird) und andererseits die geschlechtliche Lust vom Kinderzeugen abgekoppelt wird (Verhütungsmittel, Operationen).

durch das Verbot an die liebenden Eltern, die eigenen Kinder zu disziplinieren

Umdoktrinierung der neuen Generation

durch Verbot der Bildung zu Hause (home-schooling),

und aber durch Einführung der staatlichen Schulpflicht (Staat als Erzieher; Kinderhort, Kindergartenpflicht).

Verfügungsgewalt über die geistige Entwicklung der neuen Generation

Die Verfügungsgewalt über die Kindererziehung und das Anerziehen eines bestimmten Weltbildes ist einzig und allein das Privileg der Erzeuger des Kindes, d. h., des liebenden Vaters und der liebenden Mutter.

Sinn und Zweck der staatlichen Schulpflicht (und des Verbots des privaten Heimunterrichts) ist, dass der Staat die neue Generation erziehen und ihr ein anderes als christliches Weltbild und Menschenbild vermitteln will. Er will mancherorts sogar die christlichen Privatschulen unterwandern oder aushebeln.

Er will die Monopolmacht über die Informierung der Bevölkerung via gekaufte (staatlich subventionierte) Medien-Massenpropaganda. Auf diese Weise könnte der Staat (oder gewisse Nichtregierungsorganisationen) Macht über das Volk erlangen und die öffentliche Meinung unter seine Alleinherrschaft bringen.

Verfügungsgewalt über das Geld und über das Eigentum des Volkes

u. a. durch bargeldlosen Verkehr über digitales Zentralbankgeld.

Dies führt allmählich zur Versklavung der Gesellschaft und zur Enteignung der Bevölkerung (oder von Teilen der Bevölkerung)

Heute bekannte NGOs sind die so genannte GAFAM [Google/Alphabet, Apple, Facebook/Meta Platform, Amazon, Microsoft] sowie die großen Finanzriesen wie Blackrock, Vangaard, Fidelity u.a.

(In einem Bloomberg-Bericht heißt es, dass Blackrock und Vangaard im Jahr 2028 zusammen über Investitionen in Höhe von mehr als 20 000 Milliarden Dollar verfügen werden.)

Gefährdung des menschlichen Lebens

z. B. durch Einführen von Nahrungsmitteln und Injizieren von Stoffen, die Menschen gefährden.

Weitere Beispiele

Inflation – und auf diese Weise Umverteilung der Güter der Mittelschicht auf die Finanzelite. Der Staat sollte sich gegen Inflationierung einsetzen.

Im AT hatte man darauf zu achten, dass der Gewichtsstein immer gleich bleibt (gleich schwer, d. h., gleich viel wert, wegen Golddeckung).

Das Zentralbankwesen und Schuldenmachen (bei der Zentralbank) wird Eigentumsbesitz und Wirtschaft zerstören. Eigentum ist von Gott für jeden Menschen angeordnet. (Du sollst nicht stehlen.)

Heute hingegen fördert der Staat

- a) ungedecktes FIAT-Geld (Geldschöpfung aus dem Nichts durch das Kreditwesen)
- b) maßloses Schuldenmachen des Volkes (Kreditvergabe)
- c) maßloses Schuldenmachen der Regierenden (d. h.: des Staates) durch Kreditaufnehmen bei der Zentralbank

Heute nimmt der Staat über die Steuern den Menschen zu viel weg.

„Ein König bringt durch Recht dem Land Bestand, doch ein Mann der Abgaben bringt es herunter.“ (Spr 29,4)

Auf göttliches Recht zu bauen, ist die Bestandsgarantie eines Landes. Zu hohen Steuern lassen ein Volk verarmen.

Bestechlichkeit verdirt die Gerechtigkeit 2Mo 23,8; 5Mo 27,25; Spr 15,27; 17,8.23; Pred 7,7 Leihen, Borgen ist Armenunterstützung. Ps 37,21.26; 112,5.

V. Wie verhalten sich Staat und Gesellschaft zueinander?

A. Staatliche Obrigkeit ist nicht gleich Gesellschaft.

Die staatliche Obrigkeit ist nicht das Volk. Aber das Volk darf Regierende absetzen – auf legalem Wege.

Die Gesellschaft ist mehr als der „Staat“.

B. Der staatlichen Obrigkeit unterstehen nicht alle Bereiche der Gesellschaft.

Vieles wird nicht durch den Staat vorangetrieben, sondern durch die Gesellschaft.

Je mehr Aufgaben die Gesellschaft an den Staat überträgt, desto mehr muss die Planung des gesellschaftlichen Lebens gesetzlich geregelt werden und desto mehr Freiheit geht verloren.

Beispiele: Krankenversicherung als Pflicht; Altersversicherung; Epidemie-Gesetze, die für lange Zeit das Grundgesetz aushebeln; staatliche Bildungspflicht oder Schulpflicht; Staatsreligion (z. B. Irak, Iran, ...).

Wenn eine Gesellschaft diese Dinge einführt, muss sie sich im Klaren sein, dass sie sich selbst die Freiheiten wegnimmt. Es braucht selbständiges Denken in Weisheit, welche Gesetze man einführt. (Oft wird heute durch Massenpropaganda das Volk vom entbunden.)

C. Gott verlangt eine Trennung von Kirche (christlicher Gemeinde) und Staat.

Dies war bereits im AT gegeben.

- Der Hohe Priester konnte nicht König werden und umgekehrt. Und der König hatte keine Verfügungsgewalt über den Priester. 2Chr 26,16-21.
- Die Dinge Jahwehs stehen über den Dingen des Königs. „Und – siehe! – Amarja, der Hauptpriester, ist über euch in allen Angelegenheiten Jahwehs, und Sebadja, der Sohn Ismaels, der Führer des Hauses Juda, in allen Angelegenheiten des Königs.“ (2Chr 19,11)
- Steuern/Abgaben für Gott – Steuern/Abgaben für den König. 1Sam 8,15.17 „den Zehnten“; „Gebt also dem Kaiser ab, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ (Mt 22,21) „Mein Sohn, fürchte Jahweh und den König!“ (Spr 24,21); 1Petr 2,17: „Fürchtet Gott, ehrt den König!“; „Und zum zweiten Mal machten sie Salomo, den Sohn Davids, zum König, und salbten ihn dem Jahweh zum Fürsten und Zadok zum Priester. (1Chr 29,22)
- Das Haus Jahwehs – das Haus des Königs (2Chr 7,11); „Jeder, der das Gesetz deines Gottes und das Gesetz des Königs nicht tun wird, an dem soll gewissenhaft Gericht geübt werden, sei es zum Tod oder zu Verstoßung oder zu Geldstrafe oder zu Gefängnis.“ (Esr 7,26)

Der Staat wird nie zu Gemeinde Jesu werden.

Die Gemeinde des Herrn darf vom Staat verlangen, dass er die Gemeinde Jesu nie beschränkt in der Ausübung der Frömmigkeit und des Gottesdienstes.

Die Gemeinde hat eine besondere Stellung im Staat: Sie repräsentiert Gott – und zwar den Gott, von dem her die Obrigkeit ihre einzige Legitimation hat.

VI. Was ist die Aufgabe der Gemeinde in Bezug auf den Staat?

A. Unterordnung Röm 13, 1Petr 2; Tit 3

Dazu gehört auch, Steuer und Zoll zu bezahlen.

Ihm Respekt entgegenbringen.

Unterordnung unter staatliche Autoritäten: Ja, wenn die Obrigkeit im Sinne Gottes das Böse bestraft und das Gute belohnt.

Tut sie es nicht, haben die Untertanen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Volksvertreter darauf aufmerksam zu machen.

Aber auch wenn die Volksvertreter von der Mehrheit gestützt werden und/oder bestimmte Gesetze per Volksentscheid abgesegnet werden, enthebt dies den Christen (und alle Menschen) nicht von der Pflicht,

- 1) selbständig zu denken
- 2) den Gewählten auf die Finger zu sehen
- 3) Sünde, Böses (wie Korruption) aufzudecken bzw. Indizien für böse Pläne oder Handlungen nennen zu dürfen.

In einem Rechtsstaat, wie wir ihn haben, (in unserem Fall: in einer Demokratie) werden die Machthabenden vom Volk gewählt und ihnen wird freiwillig Macht gegeben bzw. gewährt). - Volksvertreter an der Macht,

Im rechten Staat gibt es eine Gewaltentrennung: Judikative (Recht, Gericht) – Legislative (Gesetzgebung) – Exekutive (Polizei, Parlament). – Die Gewalten müssen getrennt bleiben.

Es braucht auch eine Oppositionsregierung (z. B. eine Partei im Parlament); sie muss den Machthabenden auf die Finger schauen.

In Kriegs- oder Katastrophenfällen kann für kurz Zeit aus einem Rechtsstaat zweitweise ein Unrechtsstaat werden. Es wird dann das Recht für eine kurze Zeit – in Teilen) –eingeschränkt. Das darf aber nicht allzu lange dauern.

Und: Es muss aber dann sofort wieder der Normalzustand eintreten. (Kein „New Normal“.)

B. Gutes tun Röm 13

Wer Gutes tut, wird von der Obrigkeit Lob bekommen, denn es ist ja ihre Aufgabe das Böse zu strafen und das Gute zu ehren (loben).

C. Gebet und Wortverkündigung

Das ist für Christen hauptsächlich der Weg, zur Erneuerung der Politik und der Gesellschaft beizutragen.

„Wenn mein Volk, über das mein Name ausgerufen ist, sich demügt und betet und mein Angesicht sucht und von seinen bösen Wegen umkehrt, dann werde ich vom Himmel her hören und ihre Sünden vergeben und ihr Land heilen“ (2Chr 7,14).

Hoffen wir, dass man von uns nie sagen muss, was Gott durch Hesekiel erschüttert feststellen musste: „Ich suchte unter ihnen jemanden, der eine Mauer ziehen und vor mir für das Land in die Bresche treten würde, damit ich es nicht vernichten müsste, aber ich fand keinen.“ (Hes 22,30).

D. Den Staat konkret an seine Aufgabe erinnern

Gemeinde Jesus hat die Aufgabe, die in hoher Stellung Stehenden (z. B. staatliche Beamten) daran zu erinnern, dass es ihre Aufgabe ist, das Böse zu strafen und zu hemmen.

Die Gemeinde (Kirche) kann und soll den König (bzw. die von Gott eingesetzte Regierung) beraten und unterweisen.

„Joaach tat das Rechte in den Augen Jahwehs – alle Tage, in denen Jojada, der Priester, ihn unterwies.“ (2Kön 12,3)

5M 17,14-20: „Wenn du in das Land kommst, das Jahweh, dein Gott, dir im Begriff ist zu geben, und es ‹als Erbe› in Besitz genommen hast und darin wohnst und sagst: Ich will einen König über mich setzen, wie alle Völker, die rings um mich her sind, ¹⁵ ‹dann› sollst du nur

den König über dich setzen, den sich Jahweh, dein Gott, erwählen wird. ... ¹⁸ Und es soll geschehen, wenn er auf dem Thron seines Königreiches sitzt, soll er sich eine Abschrift dieser Weisung in ein Buch schreiben, aus [dem Buch, das] vor dem Angesicht der Priester, der Leviten, [liegt]. ¹⁹ Und sie soll bei ihm sein, und er soll alle Tage seines Lebens darin lesen, damit er Jahweh, seinen Gott, fürchten lerne, alle Worte dieser Weisung zu halten und diese Satzungen <zu wahren>, um sie zu tun, ²⁰ damit sein Herz sich nicht über seine Brüder erhebe und damit er von dem Gebot nicht abweiche, weder nach rechts noch nach links, damit er die Tage in seinem Königtum verlängere, er und seine Söhne, in der Mitte Israels.“

Veränderung der Gesellschaft geschieht nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben.

Jedes Programm sozialer Aktionen, das versucht, einer nichtchristlichen Bevölkerung eine christliche politische Ordnung aufzuzwingen, muss versagen.

Das göttliche Gesetz gilt zwar für die Ungläubigen genauso wie für den Staat und muss als Segen und Fluch beiden verkündigt werden, aber eine wirkliche Änderung der Gesellschaft und damit des Staates ist nur durch den Missionsbefehl (Mt 28,18-20) möglich. An dessen Beginn stehen Evangelisation und Taufe, an dessen Ende steht das Einhalten der göttlichen Gebote: „Gehet hin und macht zu Jüngern alle Völker (d. h.: alle Menschen, die aus den Völkern sind), wobei ihr diese tauft auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und sie lehrt zu bewahren alles, was ich euch geboten habe!“ (Mt 28,19.20).

Klaus Bockmühl: „Eine wirkliche Erneuerung der Sittlichkeit kommt nicht auf dem Weg über das Strafrecht zustande, sondern durch Erneuerung des sittlichen Verhaltens einer großen Zahl einzelner Menschen.“⁴

Abraham Kuyper (Theologe und zeitweilig niederländischer Ministerpräsident mit großem politischen Engagement) sagte:

„In der Regierung des Staates darf die Gemeinde nicht herrschen wollen. Ihr Werkzeug ist das freie Wort, ihre Macht der Einfluss von Mensch auf Mensch in seinem Gewissen, seinem Haus, in der Welt seines Denkens. Dort lässt Christi Geist herrschen!, und ganz von selbst wird er es tun in der Verwaltung des Landes.“⁵

Mit der biblischen Erneuerung des Einzelnen beginnend, über die Erneuerung der Familie fortschreitend, ist die christliche Gemeinde zunächst gefordert, dass die Reformation bei ihr Einzug hält.

„Das Gericht soll beim Haus Gottes beginnen“ (1Petr 4,17), denn es gilt für die Gemeinde, was Paulus schon im Einklang mit dem Alten Testament über die Juden sagt: „der Name Gottes wird euretweegen gelästert unter den Völkern“ (Röm 2,24).

Schenkel schrieb kurz nach dem 2. Weltkrieg treffend: „Das Gericht, das über die Erde ergeht, ist nicht nur ein Gericht über Diktatur, Totalität, revolutionären Absolutismus und radikale Überheblichkeit, sondern auch ein Gericht, das zugleich über die Christenheit ergeht, wegen der Unchristlichkeit der christlichen Völker, wegen der Schwachheit der Christen gegenüber den anderen Mächten der Erde.“

Ray Sutton sieht die Reihenfolge der Zehn Gebote als Reformprogramm. Die ersten fünf Gebote betreffen priesterliche Aufgaben, die zweiten fünf betreffen königliche Aufgaben⁹. Er schreibt dazu: „Diese Struktur, vom Priester zum König, ist der Weg, wie der Mensch herrscht. Als allgemeines Prinzip muss der Mensch ein Diener sein, um Leiter zu werden.“¹⁰

E. Warum verordnete Gott Obrigkeiten? (n. T. Riemenschneider)

Obrigkeiten sind nicht dazu da, um die Menschen vor jedem Lebensrisiko schützen. Die Regenten sollen das Gute belohnen/fördern, das Böse bestrafen, eindämmen. Du sollst dich fürchten, wenn du das Böse tust. Wenn der Staat den, der Gutes tut, lobt, handelt er als Gottes Diener. Wenn er den Bösen bestraft, handelt er als Gottes Diener, der das Böse rächt; weil es Gottes Recht ist, zu richten. Der Staat ist sein verlängerter Arm in der Gesellschaft. Der Staat schützt den Guten, straft den Bösen. ER führt Gottes Zorn aus, als sein Rächer.

Für diese Ausführung des göttlichen Zorns, gab Gott dem Staat das Schwert, das Werkzeug zum Töten.

Das erste Gebot für ein System der Strafverfolgung ist die Todesstrafe: 1M 9,6. Die Todesstrafe ist dazu da, damit es nie mehr so schlimm wird wie zur Zeit der Sintflut. Wenn die Todesstrafe abgeschafft wird, ist das ein Zeichen des Abfalls.

Wer das Gute tut, braucht sich nicht vor dem Staat zu fürchten. Wenn der Staat seine Aufgabe recht erfüllt, wird Segen da sein. Weil der Staat das Gute lohnt, das Böse straft, deshalb sollen wir uns dem Staat unterordnen – wegen des Zornes Gottes, den er ausführt, und wegen des Gewissens, das sich meldet, wenn man Böses tut; weshalb der Staat das Böse ja bestraft .

Wir zahlen Steuer, weil die Regierenden den guten Dienst tun, das Gute zu lohnen und das Böse zu strafen. Deshalb bringen wir den Obrigkeiten Respekt entgegen. Deshalb beten wir für die Regierung (1Tm 2,1ff.). Deshalb sind wir dankbar für die staatlichen Obrigkeiten (Autoritäten) und Vertreter.

VII. Die Frage nach dem Recht auf Widerstand

Es gibt kein Recht des Heiligen zum Widerstand. Es gibt nur die Pflicht zum Widerstand, im Falle der Staat von den Heiligen Böses verlangt.

Weil der Staat dem Recht untersteht, gibt es eine Widerstandspflicht, im Falle der Staat gegen das Recht handelt.

A. Begründung des Widerstands (bezogen auf Deutschland)

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden. Die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht (TJ: eigtl.: die Pflicht) zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

B. Einschränkungen

Der Widerstehende darf nicht Röm 13 und 1Petr 2 in Frage stellen

D. h., er muss sich grundsätzlich den staatlichen Obrigkeit unterordnen.

Kritik am Staat bzw. an den Regierenden darf nicht die Abschaffung der staatlichen Gewalt *an sich* zum Ziel haben. Anarchie ist gegen Gottes Willen.

2Mo 22,27: „Göttern (d. h.: Richtern) sollst du nicht lästern. Und einem Fürsten deines Volkes sollst du nicht fluchen.“

Pred 8,2-5: „Achte auf den Mund des Königs, und zwar wegen des Eides Gottes. ³ Sei nicht voreilig, von ihm wegzugehen. Lass dich nicht ein in eine üble Sache, denn er kann alles tun, was ihm beliebt; ⁴ hat doch das Wort des Königs Macht, und wer könnte zu ihm sagen: Was tust du? ⁵ Wer das Gebot hält, dem wird nichts Übles widerfahren; und das Herz des Weisen weiß um die Zeit und die rechte Art.“

Zuerst soll die Armee und Polizei dieses Widerstandsrecht ausführen.

Wie die niedrigeren Beamten das Volk repräsentieren, können sie den Herrscher entfernen – wie Jojada die Atalja (2Kön 11).

Das Hitlerattentat durch Graf Stauffenberg am 20. Juli 1944 war wohl gerechtfertigt, weil es sich um eine quasi „staatliche“ Beseitigung eines Tyrannen handelte und weil hier nicht ein Privatmann handelte, sondern eine Gegenregierung aufgestellt worden ist. Es hätte keine Anarchie gegeben.

Die erste Handlung hätte sein sollen, Hitler zu verhaften, aber in diesem Fall war das damals unmöglich.

C. Wie handeln die Heiligen richtig im Widerstand?

Die Heiligen unterordnen sich grundsätzlich der Gewalt der Obrigkeit

– auch dann, wenn der Staat (bzw. die Regenten) die Macht zu weit ausdehnt hat.

Die Heiligen zahlen Steuern, Zölle, Abgaben auch dann, wenn sie zu hoch sind. Sie gehorchen bei Datenerhebungen, dürfen sich aber für Datenschutzgesetze einsetzen.

Kritik am Staat (bzw. an den Regierenden) darf nicht die Abschaffung der staatlichen Gewalt *an sich* zum Ziel haben. Anarchie ist gegen Gottes Willen.

Ab wann ist Widerstand also angesagt? (n. Th. Riemenschneider)

Unterordnung ist bedingungslos, aber nicht grenzenlos. Wir unterwerfen uns nicht erst dann, wenn der Staat christlich ist, sondern auch dann, wenn er gottlos ist. Aber es gibt Grenzen.

Welche Grenzen zeigt Röm 13 auf?

Die Grenzen sind dort, wo der Staat das Böse verlangt.

Wer Böses tut, muss sich fürchten, d. h., er muss das Gute tun, wegen der Strafe und wegen des Gewissens. Gott bestraft das Böse, und das Gewissen wird vom Bösen verletzt. Daher darf der Christ nicht das Böse tun.

Jeder Christ soll für das gute Werk bereit sein.

1Petr 2: „zur Bestrafung der Übeltäter“

Wenn ich also etwas tue, das Übel ist, bin ich schuldig. Wenn eine Obrigkeit das Böse tut, ist sie schuldig.

Auch der Staat muss das Böse lassen.

Wer entscheidet, was gut und böse ist? Ist alles, was der Staat bestraft, böse? Nein. Der Staat soll bestrafen, was böse ist. Röm 13,8: Daher sind wir Liebe schuldig.

Das Gesetz Gottes ist es, das bestimmt, was gut und böse ist.

Wenn der Staat seine gottgegebene Aufgabe erfüllt, dann können wir uns dem Staat voller Freude unterordnen.

Was der Staat bestraft und was Gott bestraft, ist dann deckungsgleich. Gott bestraft es, wenn etwas getan wird, was er verbietet. Gott belohnt es, wenn getan wird, was er befohlen hat.

Wenn die Obrigkeit das Gute böse nennt und das Böse gut, handelt sie gegen Gott. Wenn der Staat den belohnt, der Böses tut und den bestraft, der Gutes tut, dann ist der Staat abgeirrt und zieht sich Gottes Zorn zu. Dann ist er nicht mehr Diener Gottes, sondern Diener des Bösen, Widersacher Gottes. Und so zieht er sich das göttliche Gericht zu.

Wir widersetzen uns nie der staatlichen Gewalt insgesamt, sondern nur überall dort, wo die Obrigkeit das Böse gut nennt und das Gute bestraft. – Auch in neutralen Dingen unterordnen wir uns dem gottlosen Staat.

Wann also widersetzen? (nach Th. Riemenschneider)

1. Wenn der Staat etwas verbietet, was Gott gebietet.
2. Und wenn er etwas gebietet, was Gott verbietet.
3. Wenn er etwas gebietet, wozu er keinen Auftrag besitzt, und wenn das Gebotene zum Schaden des Volkes ist.

a. Wenn der Staat etwas verbietet was Gott gebietet.

Apg 5,29

Dan 6,8ff: Wurde Daniel verfolgt? Manche würden sagen, nein, denn das Gesetz betraf ja alle Menschen und war nur zeitlich begrenzt (30 Tage). Dennoch widerstand Daniel. – Was lernen wir daraus?

b. Wenn der Staat etwas gebietet, was Gott verbietet.

Dan 3.: Vor dem Standbild dem Bilde huldigen.

Die Drei gehorchen nicht, im Gegensatz zur Mehrheit. Wurden sie wegen ihres Glaubens verfolgt. Manche würden sagen, nein, denn das Gebot galt für alle und war nicht ausschließlich gegen die Gläubigen (hier: Juden) gerichtet. Dennoch widerstanden die drei Freunde. – Was lernen wir daraus?

Hätten sie nicht einfach im Stillen absagen und nur äußerlich mittun können? – Nein. Eine stille Götzenanbetung ist genauso Götzenanbetung.

2M 1: Schifra und Pua:

War das Judenverfolgung? Manche würden sagen, nein. Sie belogen sogar die Behörden. Aber Gott lobt sie. Auch die Hure Rahab log. Und auch ihr Handeln wird als positiv bewertet.

c. Wenn der Staat etwas gebietet, wozu er kein Recht und keinen Auftrag besitzt, und wenn das Gebotene zum Schaden des Volkes ist.

a) Wenn er in Rechte des Menschen eingreift (z. B. Naturrechte, wie Recht auf Leben, Arbeit, Heirat, Hochzeit, Familiengründung, Beten, Umarmen, Familie besuchen, sich zu versammeln, Recht auf Gemeinschaft und das Recht darauf, unbehindert atmen zu dürfen).

Verbietet der Staat diese Dinge, so handelt er gegen Gott.

b) wenn er sich in einen Bereich einmischt, der ihm nicht übergeben wurde

z. B. in den Bereich der Familie oder der Gemeinde (Kirche). Der Staat darf nicht in die Familie oder die Gemeinde eingreifen, es sei denn, wenn er Böses bestrafen muss.

Heb 13,17: „Gehorcht den Führern“. Die Führer dürfen aber nicht gebieten, was einzelne Heilige alles zu Hause essen dürfen oder nicht. Warum nicht? Weil es außerhalb der Macht liegt, die Gott dem Führer in der Gemeinde verliehen hat. Das bedeutet, dass es Bereiche gibt, in dem der Gemeinleiter sich nicht einmischen darf. Würde ein Gemeinleiter solche Dinge verlangen, so darf man sich nicht fügen. Man müsste ihn korrigieren und ihm ins Gewissen reden. Tut man es nicht, so liebt man den Leiter nicht, und man liebt den Nächsten nicht, weil man nichts unternimmt, um die anderen vor der Tyrannei des Gemeinleiters zu schützen.

Wie sieht der Widerstand aus?

a. Die Heiligen beten und warten

– wie David. 1Sam 24 und 26.

b. Die Heiligen dürfen den Staat daran erinnern, dass er Gott unterstellt und Gottes Diener ist. Röm 13.

c. Die Heiligen leisten nur dort Widerstand, wo sie gezwungen werden, Gottes Gebot zu übertreten oder wo das Leben und die Rechte anderer (z. B. Ungeborene im Mutterleib) geschützt werden muss (2M 1; Jos 2; 1Sam 14). Der Widerstand ist gewaltlos.

Apg 4,19.20: „Aber Petrus und Johannes antworteten und sagten zu ihnen: Entscheidet ihr ‹selbst›, ob es in den Augen Gottes recht sei, auf euch eher zu hören als auf Gott,²⁰ denn es ist uns unmöglich, von dem, was wir sahen und hörten, nicht zu reden.“

Apg 5,29: „Petrus und die Apostel antworteten und sagten: Es gehört sich, sich Gott ‹als Autorität› zu fügen, mehr als den Menschen.“

d. Die Heiligen tun sich nicht mit Aufrührern zusammen.

Spr 24,21.22: „Mein Sohn, fürchte Jahweh und den König! Mit Aufrührern lass dich nicht ein,²² denn plötzlich erhebt sich ihr Unglück; und ihrer beider Untergang, wer kennt ihn?“

1Sam 26,23: „Jahweh aber wird jedem seine Gerechtigkeit und seine Treue vergelten. Fürwahr, Jahweh hatte dich am heutigen Tag in meine Hand gegeben, aber ich wollte meine Hand nicht ausstrecken gegen den Gesalbten Jahwehs.“

e. Verschiedene Wege des Widerstands

- Du gehorchst, aber protestierst verbal (z. B. Joab 2Sam 24,3.4).
- Du gehorchst nicht, aber protestierst auch nicht, sondern du betest und hoffst, dass dein Ungehorsam nicht bekannt wird (z. B. 2Mo 2,2ff. = Heb 11,23).
- Du gehorchst nicht und protestierst nicht, aber erduldest die Strafe (z. B. Dan 6,7.10).

- 2. Du gehorchst nicht und gibst verbale Belehrung an den Staat – und erduldest die Strafe. (z. B. Dan 3,12.17.18).
- Du gehorchst nicht und warnst den Regenten – und fliehst in ein anders Land oder in die Wüste (z. B. 1Kön 17 Elia).
- Du belügst die Obrigkeit, um nicht schlimmer sündigen zu müssen (als geringeres Übel gleichsam; z. B. Rahab Jos 2 = Heb 11,31; Jk 2,25; die Hebammen 2Mo 1,15-21).
- Das Volk gemeinsam protestiert verbal (z. B. 1Sam 14,43-46).
- Mehrere göttliche Warner (Propheten) treten auf gegen den (von Gott, Röm 13) eingesetzten Regierungsvertreter und widerstehen ihm verbal (z. B. 2Ch 26,17.18).
- Eingesetzte (niedrigere) Regierungsvertreter rebellieren gegen die von Gott eingesetzte (Röm 13) Regierung (z. B. 1Kön 12,9-19; 2Kön 11: Jojada gegen Atalja).

D. Ein Wort von Bullinger

... Deutlich folgt aus dem bisher Gesagten, dass die Obrigkeit von Gott eingesetzt wurde, um das Gute zu schützen und das Böse zu strafen, also zum Wohl und zur Erhaltung der Menschen. Dafür spricht auch die Tatsache, dass es, wie zu lesen ist, seit Beginn der Welt auf der Erde Obrigkeiten gab. Dahin deuten auch folgende Zeugnisse der Heiligen Schrift. Mose nennt im Gesetz die Richter Götter und sagt (5Mo 1,17): „Das Gericht ist Gottes.“

Davon leitet Josaphat ab, was er zu den Richtern sagt (2Chr 19,6f.): „Sehet zu, was ihr tut; denn nicht im Namen von Menschen habt ihr zu richten, sondern im Namen Jahwehs, der bei euch ist, wenn ihr Recht sprechst. So sei nun die Furcht des Herrn auf euch ...“.

Wenn an einer Obrigkeit Schlechtes gefunden wird statt des Guten, um dessentwillen sie eingerichtet wurde, sind andere Gründe dafür verantwortlich: Die Schuld liegt bei den Personen, den Menschen, die Gott missachten und eine gute Einrichtung verderben, nicht bei Gott oder der Einrichtung Gottes. Ein schlechter Herrscher verkehrt die Wege Gottes zum Schlechten. Er verletzt mit seiner Lasterhaftigkeit und seinem üblen Tun seine Pflicht, so dass er den Namen einer satanischen, nicht der göttlichen Macht verdient.

Das lässt sich an der Obrigkeit von Jerusalem ersehen. Der Ursprung dieser Obrigkeit geht zwar bis auf Mose zurück, und sie kann sich damit auf Gott selbst als Gründer berufen, weil sie aber den Heiland gefangen genommen und im Garten Gethsemane gefesselt hat, bekommen ihre Diener zu hören (Lk 22,52f.): „Wie gegen einen Räuber seid ihr ausgezogen mit Schwertern und Stöcken. Als ich täglich bei euch im Tempel war, habt ihr nicht Hand an mich gelegt. Aber dies ist eure Stunde und die Macht der Finsternis.“

Der Herr nennt also die rechtmäßige Obrigkeit, die jedoch ihre Macht missbraucht, eine teuflische Macht. Wie könnte man es klarer sagen? Der Tadel richtet sich gegen die Personen, nicht gegen das Amt. ...

So ist es wichtig, dass man niemals eine tyrannische Regierung verteidigt, als sei sie eine göttliche. Denn eine tyrannische Regierung ist teuflisch und nicht von Gott, und Tyrannen sind recht eigentlich des Teufels, nicht die Diener Gottes. Es kommt auch vor, dass es ein Volk mit seinem lasterhaften Leben verdient, einen Tyrannen zu haben anstatt eines Königs. Die Schuld fällt also wiederum auf den sündigen Menschen zurück. Manchmal gewährt der Herr zwar einen König, aber lässt einen Heuchler regieren. So kommt die schlechte Obrigkeit von Gott, wie auch Aufruhr und Krieg, Seuchen, Hagel, Kälte und andere Plagen der Menschen von Gott kommen als Strafen für die Sünden und Verbrechen; Strafen, die er ihnen auferlegt. Er sagt (Jes 3,4,8): „Ich will ihnen Knaben zu Fürsten geben, und Buben sollen über sie herrschen. Denn ihre Zunge und ihr Trachten ist wider den Herrn.“

Exkurse zu Krieg, Corona und Politik

A. Die Frage der Kriegsführung

Darf die Obrigkeit Kriege führen?

Das Kriegsführen des Staates ist erlaubt – ja, gefordert:

a) bei Notwehr, als Selbstverteidigung.

Einem Israeliten war es erlaubt, sich gegenüber den Dieb in der Dunkelheit der Nacht zu verteidigen:

„Wenn der Dieb beim Einbruch ertappt wird, und er wird geschlagen, sodass er stirbt, so ist es ihm, [dem Schläger], keine Blutschuld.² Ist die Sonne über ihm aufgegangen, so ist es ihm (d. h.: dem Schläger) eine Blutschuld. Er soll gewisslich erstatten. Hat er nichts, so soll er für sein Gestohlenes verkauft werden.“ (2Mo 22,1-2)

Jesus Wort bezieht sich auf das Missverständnis der Jünger, das Königreich Gottes solle man mit Gewalt verteidigen. Aber Jesus Christus erklärt, dass der neue König Israels (bzw. das Königreich Gottes) nicht mit fleischlicher Gewalt verteidigt werden darf:

„Und – siehe! – einer von denen, die mit Jesus waren, streckte die Hand aus, zog sein Schwert heraus und schlug den leibeigenen Knecht des Hohen Priesters und hieb ihm das Ohr ab.⁵² Da sagt Jesus zu ihm: Stecke dein Schwert wieder an seinen Ort! – denn alle, die das Schwert genommen haben, werden durchs Schwert umkommen.“ (Mt 26,51.52)

b) bei Verteidigung anderer Hilfloser/Unschuldiger (Erste-Hilfe-Pflicht).

Zuschauen ohne einzugreifen = zustimmen!

Und: Jeder hat Anzeigepflicht, wenn er Übeltat geschehen sieht.

Wer mit einem Dieb teilt, hasst seine Seele: „Er hört den Fluch und zeigt es nicht an.²⁵ Menschenfurcht stellt eine Falle; aber wer auf Jahweh vertraut, wird emporgerückt.“ (Spr 29,24.25)

Röm 13,4 „Schwert“ (Polizei, Armee): Der Christ hat die Obrigkeit als Trägerin der Schwertgewalt zu bejahren.

Aber die Schwertgewalt untersteht dem Gesetz Gottes! Obrigkeit ist „Dienerin Gottes“.

Die Gewalt (des Staates) darf also nur für Recht und Nutzen gebraucht werden.

Es gibt gläubige Offiziere (Mt 8,5ff; Mt 27,54; Apg 10 Kornelius). Keinem wird gesagt, seinen Beruf aufzugeben.

„Es fragten ihn auch Soldaten und sagten: Und wir, was sollen wir tun? Und er sagte zu ihnen: Erpresst niemanden. Klagt niemanden fälschlich an und begnügt euch mit eurem Sold.“ (Lk 3,14)

→ Daher sind Verteidigungskriege des Staates erlaubt, Angriffskriege nicht. (Die Frage ist dann natürlich: Was ist wirklich ein Verteidigungskrieg?)

Wie soll die Obrigkeit Kriege führen?

a) Mit Vernunft

Pläne mache fest durch Beratung. „Mit weiser Strategie führe Krieg!“ (Spr 20,18)

„.... denn mit weiser Strategie führst du Krieg und bei der Menge der Ratgeber ist Heil.“ (Spr 24,6)

„Oder welcher König, der hinzieht, um mit einem anderen König zum Krieg zusammenzutreffen, setzt sich nicht zuvor hin und berät, ob er imstande ist, mit Zehntausend dem entgegenzutreten, der mit Zwanzigtausend gegen ihn kommt?“ (Lk 14,31)

b) Mit Gottes Hilfe

„Wenn dein Volk zum Kampf gegen seine Feinde auszieht, auf dem Weg, den du sie senden wirst, und sie zu Jahweh beten nach der Stadt hin, die du dir erwählt hast, und nach dem Haus hin, das ich deinem Namen gebaut habe,⁴⁵ so mögest du in den Himmeln ihr Gebet und ihr Gnadenflehen hören und ihnen Recht schaffen.“ (1Kön 8,44-45)

Bonhoeffer: „Friede hat seine Grenze. Wo Wahrheit und Recht vergewaltigt sind, kann kein Friede bestehen.“

„Kein Friede den Ehrfurchtslosen!“, sagt Jahweh (Jes 48,22).

Friede gibt es nur *mit Gerechtigkeit*:

„Das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein, der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit auf ewig.¹⁸ Und mein Volk wird wohnen an einer Wohnstätte des Friedens und in sicheren Wohnungen und an sorgenfreien Ruhestätten.“ (Jes 32,17.18)

„Und den Zusammenbruch meines Volkes meinen sie leichthin zu heilen, indem sie sagen: Friede, Friede! Aber da ist kein Friede.¹⁵ Zuschanden sind sie geworden, denn Gräuliches haben sie getan. Auch schämen sie sich nicht, und Beschämung kennen sie nicht. Darum werden sie fallen mit den Fallenden. Zu der Zeit, da ich sie heimsuche, werden sie straucheln, sagt Jahweh.“ (Jer 6,14.15)

c) Ungerechte Kriege werden verurteilt.

„Zerstreue die Völkerscharen, die Lust haben an Kriegen.“ (Ps 68,31)

Der Staat darf zur Wehrpflicht aufrufen (bei gerechten Kriegen s.o.):

„Und die Aufseher sollen zum Volk reden und sagen: Wer ist der Mann, der ein neues Haus gebaut und es noch nicht eingeweiht hat? Er gehe hin und kehre in sein Haus zurück, damit er nicht in der Schlacht sterbe und ein anderer Mann es einweihe.⁶ Und wer ist der Mann, der einen Weinberg gepflanzt und ihn noch nicht zu nutzen begonnen hat? Er gehe hin und kehre in sein Haus zurück, damit er nicht in der Schlacht sterbe und ein anderer Mann ihn zu nutzen beginne.⁷ Und wer ist der Mann, der sich eine Frau angelobt hat und sie noch nicht genommen hat? Er gehe hin und kehre in sein Haus zurück, damit er nicht in der Schlacht sterbe und ein anderer Mann sie nehme.⁸ Und die Aufseher sollen weiter zum Volk reden und sagen: Wer ist der Mann, der sich fürchtet und verzagten Herzens ist? Er gehe hin und kehre in sein Haus zurück, damit er nicht das Herz seiner Brüder schmelzen mache wie sein Herz. (5Mo 20,5-8)

Christen und Kriege

Christen dürfen sich bei Angriffskriegen nicht beteiligen.

Christen haben ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung bei ungerechten Kriegen.

Christen sind Friedensstifter. Jk 3; Mt 5,9; 1Kor 14,33.

„Es sollen jubeln und sich freuen, die Gefallen haben an meinem Recht. Stets sollen sie sagen: Groß sei Jahweh, der Lust hat am Frieden seines Knechtes.“ (Ps 35,27)

→ Krieg darf nur zur Verteidigung wahren Friedens geschehen und nur als vorübergehende Notwendigkeit = um Not abzuwenden.

Christen sollen beten, dass Friede herrscht,

damit das Wort Gottes und der Dienst Gottes ungehindert geschehen können:

1Tim 2,1: „Vor allem lege ich dir nahe: Lass Flehen, Gebete, Fürbitten, Dank für alle Menschen dargebracht werden, ² für Könige und alle, die in höherer Stellung sind, damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller rechten Ehrfurcht und Ehrbarkeit, ³ denn dieses ist edel und angenehm vor Gott, unserem Retter, ⁴ der will, dass alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen.“ (1Tm 2,1-4)

→ „Hat Jahweh Gefallen an des Mannes Wegen, so macht er, dass auch seine Feinde mit ihm in Frieden sind.“ (Spr 16,7)

Christen sollen den Frieden der (heidnischen) Stadt suchen: Jer 29,7

Christen dürfen Böses nicht persönlich bekämpfen. Dazu ist der Staat da und Gott, der HERR.

„Rächt euch nicht selbst, Geliebte, sondern gebt Raum dem Zorn, denn es ist geschrieben: Die Vergeltung ist meine [Sache]; ich werde vergelten, sagt der Herr. ²⁰ Also: Wenn deinen Feind hungert, speise ihn; wenn ihn dürstet, gib ihm zu trinken; denn wenn du dieses tust, wirst du feurige Kohlen auf sein Haupt häufen. ²¹ Lasse dich nicht von dem Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit dem Guten.“ (Röm 12,19-21)

Der Staat soll Böses bestrafen und auf diese Weise eindämmen (Röm 13; 1Petr 2,13-17).

. Daher ist Gott für Gewalt, Obrigkeit, Autorität des Staates (der das Schwert trägt).

Tut der Christ das Böse, wird er zurecht vom Staat bestraft (auch bei Vergehen gegen die Ordnung, z. B. Parksünder).

Amtsträgern ist mit Ehrfurcht (Respekt) und Ehrerbietung zu begegnen.

„Darum ist es notwendig, sich zu unterordnen, nicht allein wegen des Zorns, sondern auch wegen des Gewissens; ⁶ denn deswegen entrichtet ihr auch Steuern, denn sie sind Dienstleistende Gottes, die eben hierzu anhaltend beschäftigt sind. ⁷ Gebt also allen das Geschuldete: die Steuer, dem die Steuer ‹gebührt›, den Zoll, dem der Zoll, die Furcht, dem die Furcht, die Ehre, dem die Ehre ‹gebührt›.“ (Röm 13,5-7)

„Seid also untergeordnet aller menschlichen Einrichtung des Herrn wegen, ¹⁴ sei es dem König als dem Übergeordneten oder den Statthaltern als denen, die durch ihn geschickt wurden zum Rechtsvollzug über Übeltäter, aber zum Lob derer, die Gutes tun, ¹⁵ weil es so Gottes Wille ist, [durch] Gutestun die Unkenntnis der törichten Menschen zum Verstummen zu bringen – ¹⁶ als Freie und nicht als solche, die die Freiheit zum Deckmantel der Bosheit haben, sondern als leibeigene Knechte Gottes; ¹⁷ ehrt alle; liebt die Bruderschaft; fürchtet Gott; ehrt den König“ (1Petr 2,13-17).

„Darum ist es notwendig, sich zu unterordnen, nicht allein wegen des Zorns, sondern auch wegen des Gewissens“ (Röm 13,5)

Wir wissen: Staatliche Autorität ist gottgewollt. – Der Christ gehorcht auch dort, wo nicht kontrolliert wird.

B. Die Corona-Krise und die Aufgabe der Gemeinde Jesu

Die ganze Corona Krise hat/hatte mit der „Endzeit“ nichts zu tun.

Wenn Christen die „Impfung“ mit dem „Malzeichen“ des „Tieres“ (von Off 13) in Verbindung setzten, so machten sie einen Fehler und machten sich verwundbar und z. T. lächerlich.

Auf der anderen Seite aber hat der Christ die Pflicht sich in der Demokratie einzubringen. Das ist in einer Demokratie so vorgesehen! Man darf nicht schweigen und sich unterordnen, wenn die gewählte „Autorität“ (*exousia*, Obrigkeit) etwas tut, was nicht rechtens ist. Das wäre eine falsche Unterordnung.

Gottes Volk hat die Aufgabe, den Regierungsvertretern ins Gewissen zu reden und ihnen Argumente zu bringen.

Die Heiligen haben Widerstandspflicht, wenn Unrecht geschieht.

Die gewählten Vertreter („Obrigkeit“) haben die Pflicht, das Böse zu bestrafen und das Gute zu belohnen. Sie haben auch die Pflicht, sich richtig zu informieren, und dürfen nicht andere Stimmen und Meinungen, die das Narrativ „stören“, zum Schweigen bringen (z. B. durch Zensur oder durch Ignorieren.) Das aber geschieht derzeit.

Christen haben die Pflicht, die Obrigkeit in die Schranken zu weisen. Die Schranken sind das Wort der Wahrheit, das Wort Gottes, das der Obrigkeit gebietet, sich für das Gute und gegen das Böse einzusetzen.

Das Wort Gottes sagt nicht, dass die Obrigkeit dafür sorgen muss, dass alle Menschen gesund sind, auch nicht dafür, dass Intensivbetten frei sind. Das Wort Gottes lehrt, dass, wenn Krankheiten oder Seuchen oder Hungersnöte da sind, die Menschen sich gegenseitig helfen sollen.

Die Obrigkeit hat nicht die Aufgabe eine Impfpflicht für die Bürger einzuführen. Indem die Obrigkeit die staatliche Führung in Gesundheitsdingen übernimmt, nimmt sie sich zu viel heraus (Kompetenzüberschreitung). Sie muss daher – via Wort Gottes der Heiligen Schrift – durch die Gemeinde Jesu korrigiert bzw. ermahnt werden. Wenn Jesu Gemeinde dies nicht tut, macht sie sich schuldig. Wenn sie es tut, muss sie breit sein zu leiden.

Die Obrigkeit darf sich nicht in Gemeinde- (bzw. Kirchen-)angelegenheiten einmischen, z. B. wann, wo, wie viele Menschen sich zum Lob Gottes versammeln dürfen und ob sie dabei Masken tragen sollen oder nicht), solange durch diese Kirchen- oder Gemeinde-Versammlungen nicht die öffentliche Ordnung gestört wird.

Für den ungestörten Ablauf von Versammlungen am Ort sind die örtlichen Hirten der einzelnen Gemeinden zuständig. Das ist auch vernünftig und recht so, denn die Umstände sind von Ort zu Ort verschieden. In der örtlichen Gemeinde kennt man sich, liebt man sich und nimmt Rücksicht aufeinander – auch auf Kosten der eigenen Gesundheit.

Jedenfalls darf das Zusammenkommen und das gemeinschaftliche Lob Gottes nicht vernachlässigt werden. In Israel im AT musste der Aussätzige (!) sich absondern, nicht die Gesunden voneinander.

Wenn die Obrigkeit sich nicht schriftgemäß verhält und sich Zuständigkeitsbereiche anmaßt, die ihr von der Heiligen Schrift her nicht zukommen, muss sie darauf aufmerksam gemacht werden.

Die Gemeinde Jesu darf nicht aus Leidensschau kuschen und sich zurückziehen oder, was noch schlimmer ist, unbiblische Maßnahmen bzw. ein unwahres Narrativ stützen.

Gemeinde Jesu wird also den Weg des Sich-Einsetzens (durch Ermahnung der Obrigkeit via Wort Gottes) wählen müssen.

Will die Obrigkeit nicht hören, muss Gemeinde Jesu Gott und dem Wort Gottes auf andere Weise Gehör verschaffen, z. B. mit Plakaten auf die Straße gehen, Leserbriefe schreiben, überall das Wort Gottes und den Willen Gottes verkünden, wo der Herr, Jesus Christus, Gelegenheiten dazu schenkt.

Am meisten wird sich Gemeinde Jesu Gehör verschaffen, wenn sie – in Liebe und Heiligkeit, in Sanftmut und Demut – mit den (offensichtlich überzogenen) Maßnahmen ganz offen nicht mitmacht.

Das wird ihr Leid einbringen, auch Verluste finanzieller Art, vielleicht sogar Geldstrafen oder Gefängnis.

Gemeinde Jesu muss also wählen. Die Lügen und falschen Narrative dürfen in keiner Weise gestützt werden, sondern die Wahrheit – auch die wissenschaftliche Wahrheit – muss ans Licht gebracht werden. Gemeinde Jesu ist Gottes Werkzeug auch im Aufdecken von Sünde und Lüge.

Corona als geistlicher Testfall – Ein Artikel von A. Schnebel

Quelle: *Andreas Schnebel auf Facebook*

Corona war ein Prüfstein dafür, wie Christen Autorität verstehen, wie sie Schrift auslegen und wie sie geistliche Realität von politischer Rhetorik unterscheiden. Die Krise war primär geistlich. Und sie traf meine Familie an Punkten, die jede abstrakte Debatte grotesk erscheinen lassen.

Heute jährt sich ein besonderer Tag: am 18. November 2020 – mitten im Berliner Winter – standen tausende Bürger auf der Straße, unbewaffnet, friedlich, viele von ihnen Familien, ältere Menschen, Christen, Berufstätige, Kinder. Sie wollten nichts anderes, als ihre Stimme gegen staatliche Maßnahmen erheben, die tief in Grundrechte eingriffen. Die Antwort des Staates war keine Debatte, kein Dialog, sondern Wasserwerfer. Eisiges Wasser, bei Temperaturen knapp über dem Gefrierpunkt, gegen Menschen, die lediglich ihr verfassungsmäßiges Recht wahrnahmen.

Dieser Tag war mehr als eine politische Eskalation. Er war ein Symbol. Ein Moment, in dem sichtbar wurde, wie brüchig die Erzählung der „Fürsorge“ war und wie schnell Staaten bereit sind, Gewalt gegen die eigenen Bürger einzusetzen, wenn diese nicht folgen.

1. Zwei Welten: die äußere „Krise“ und der Gewissenskonflikt

Während Politik und Medien ein Bild staatlicher „Fürsorge“ und gesellschaftlicher „Solidarität“ zeichneten, erlebte meine Familie etwas anderes: Druck, Kontrolle und wachsende Eingriffe in Gewissen und Körper.

- Meine Frau wurde in ihrem Beruf als Lehrerin gezwungen, ein Regime von Masken, Tests und Angst zu exekutieren, das sie vor Gott nicht tragen konnte und aufhörte.
- Mein Sohn und ich standen bei der Bundeswehr unter massivem Druck, uns einer Behandlung zu unterziehen, die unserem Gewissen widersprach. Das Risiko von Strafen, Karriereverlust und Isolation war bis zum Dienstende real.
- Unsere Kinder lebten Jahre unter Masken und Testzwang – ein disziplinierendes System, das mit keinem realen Risiko korrespondierte.

Eine dramatische Eskalation entstand, als meine Frau im Krankenhaus eine lebensgefährliche Lungenentzündung entwickelte – eine Folge der FFP2-Pflicht. Ich durfte sie wochenlang aufgrund des bestehenden Besuchsverbotes nicht besuchen und wusste nicht ob sie überlebt. Kurz darauf starb ihre Mutter nach der vierten Impfung, „plötzlich und unerwartet“ an einer Myokarditis.

Für uns war jedoch von Anfang an klar: Hier geht es nicht um Gesundheit, sondern um Grundfragen des Gewissens, der Würde, Verantwortung und Autorität.

2. Die zweite Krise: die Reaktion der Kirche

In derartigen Zeiten der Bedrängnis hofft man Rückhalt zu finden. Doch wir erlebten das Gegenteil. Die Ältesten legten Römer 13 so aus, als sei jede staatliche Maßnahme automatisch legitim. Die Kirche passte sich an, stellte staatliche Vorgaben über das Gewissen der Gläubigen und erklärte Online-Andachten zu „ausreichenden Gottesdiensten“.

Unsere Warnungen wurden als Überempfindlichkeit oder Politikverdrossenheit gedeutet. Der Unterschied im Denken war jedoch systematisch:

- Für die Ältesten war „Obrigkeit“ jede faktische Regierung.
- Für uns war Obrigkeit eine begrenzte, mandatierte Autorität, nicht ein allzuständiger Staat. Hier lag der eigentliche Konflikt – nicht in Maskenfragen, sondern in der Frage, wie Schrift interpretiert wird.

3. Die hermeneutische Wurzel: Unkenntnis der zwei Ordnungen

Der Fehler der Gegenwart besteht darin, geistliche Neutralität in den modernen Nationalstaat hineinzulesen. Die Bibel beschreibt durchgängig den Konflikt zweier Ordnungen: Gottes Ordnung und die Ordnung der Reiche dieser Welt.

Mit Corona wurde diese Spannung sichtbar:

- Aus Schwertgewalt wurde Hygienerecht.
- Aus rechtmäßigem Gehorsam wurde religiöse Unterordnung.
- Aus Vorsehung wurde Panik.
- Aus Mandatsordnung wurde Totalzuständigkeit.

Wer die Kategorien der Moderne als Maßstab für die Schrift übernimmt, wird irgendwann auch die Autorität der Schrift unter die Kategorien der Moderne stellen.

Damit wird aus theologischer Unschärfe ein geistlicher Schaden. Es gibt in Fragen der Herrschaft keine Neutralität. Jeder, der den modernen Staat als selbstverständlichen Deutungsrahmen der biblischen Texte übernimmt, hat sich – bewusst oder unbewusst – bereits entschieden. Zwischen Gott und Caesar existiert kein neutraler Raum.

4. Die Offenbarung der wahren Loyalitäten

Corona zeigte, worauf Christen tatsächlich bauen:

- viele vertrauten der Politik mehr als der Schrift,
- der Angst mehr als der Vorsehung,

- dem Narrativ mehr als dem eigenen Gewissen,
- dem modernen Staat mehr als Gottes Bundesordnung.

Die Krise machte sichtbar, wie weit der Staat in Denken und Praxis der Kirchen, Pfarrer und Gläubigen eingedrungen ist – und wie wenig reformatorische Mandatslehre noch verstanden wird. Der moderne Staat beansprucht seit langem Zuständigkeiten, die ihm nicht zustehen: Moral, Erziehung, Gesundheit, Familie, Gottesdienst. Corona hat diese Übergriffe nur beschleunigt und sichtbar gemacht.

Neutralität existiert nicht.

Wer sich nicht aktiv an Gottes Ordnung orientiert, übernimmt zwangsläufig die Ordnung einer anderen Autorität.

5. Warum Corona bleibt – auch wenn die Maßnahmen weg sind

Corona war nicht der Beginn einer Fehlentwicklung, sondern ihre Entlarvung.

Es zeigte:

- dass Kirchen ihre prophetische Stimme verloren haben,
- dass das Gewissen leicht kollektiviert werden kann,
- dass Christen die Mandatsordnung kaum noch kennen,
- dass staatliche Narrative biblisches Denken verdrängen kann,
- dass Götzendienst heute nicht heidnische Tempel braucht, sondern politisch-moralische Alternativen zum Evangelium.

Die Frage lautet nicht: „War das Virus gefährlich?“ Sondern: „Warum haben Christen so schnell die Deutungshoheit abgegeben?“

6. Fazit: Corona als hermeneutischer Wendepunkt

Corona war ein Offenbarungsakt – der Zusammenstoß zweier theologischer Systeme:

Die Ordnung dieser Welt: Der Staat besitzt Totalzuständigkeit; die Kirche gehorcht, solange sie predigen darf.

Gottes Ordnung: Nur Christus besitzt absolute Autorität; der Staat ist Diener, nicht Herr; Gewissen, Leib und Gottesdienst gehören Gott.

Diese Krise hat unsere Familie für immer geprägt, aber sie hat auch Klarheit geschaffen. Corona hat gezeigt, dass es nicht reicht, Bekennnisse zu kennen. Es braucht ein erneuertes, biblisches Verständnis von Gottes Ordnung, Autorität, Verantwortung und Freiheit.

Wer Corona hermeneutisch verstanden hat, versteht auch die kommende Krise.

C. Dürfen die Heiligen in die Politik?

Gottes Gesetz gilt für jeden Menschen, daher auch für den Staat, weil der Staat ein auf einen Bund gründenden Zusammenschluss (eine Eidgenossenschaft) von Familien (Sippen, Stämmen) ist.

Alle Menschen sollen die Wahrheit als Weltanschauung haben: Gottes Wort. Wo man das Wort Gottes nicht anerkennt, ist Zerstörung und Verderben vorbestimmt.

Wer (in Bezug auf das Zusammenleben von Menschen, d. h. in Bezug auf den Staat und seine Aufgaben und sein Rechtssystem) nicht der biblischen Weltanschauung folgen will, muss und wird die Maßstäbe einer anderen Weltanschauung übernehmen, die nicht auf die Wahrheit gegründet ist. Das bedeutet im Endeffekt Tod und Zerstörung.

Das Moralgesetz gilt für die von Gott (Röm 13) eingesetzte Regierung, also für den Staat als solchen:

Es ist das beste Gesetz:

5Mo 4,5-9: „Und nun, Israel, höre auf die Satzungen und auf die Rechtsbestimmungen, die ich euch lehre zu tun, damit ihr lebt und hineinkommt und das Land, ... 5 Sieh! Ich habe euch Satzungen und Rechtsbestimmungen gelehrt, wie Jahweh, mein Gott, es mir gebot, damit ihr danach handelt mitten in dem Land, in das ihr kommt, es ‹als Erbe› in Besitz zu nehmen. 6 So wahrt sie und tut sie!, denn das ist eure Weisheit und eure Verständigung vor den Augen der Völkerscharen, die alle diese Satzungen hören. Und sie werden sagen: Fürwahr, ein weises und verständiges Volk ist dieses herrliche Volk; 7 denn welches große Volk gibt es, das Götter hätte, die sich ihm so nahen, wie Jahweh, unser Gott, [es tut], sooft wir zu ihm rufen? 8 Und welches große Volk gibt es, das so gerechte Satzungen und Rechtsbestimmungen hätte wie diese ganze Weisung, die ich euch heute gebe? 9 Nur hüte dich und bewahre deine Seele sehr, dass du die Dinge nicht vergisst, die deine Augen gesehen haben, und dass sie nicht aus deinem Herzen weichen alle Tage deines Lebens! Und tue sie deinen Söhnen und den Söhnen deiner Söhne kund!“

Spr 14,34: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk, Sünde aber ist der Leute Verderben.“

Apg 24,25: „Als er aber über Gerechtigkeit und Selbstbeherrschung und das bevorstehende Gericht sprach, geriet Felix in Furcht ...“

Mt 14,3.4: „denn Herodes hatte Johannes gegriffen, ihn gebunden und ins Gefängnis gesetzt wegen Herodias, der Frau seines Bruders Philippus, 4 denn Johannes hatte ihm gesagt: Es ist dir nicht gestattet, sie zu haben.

Röm 3,19: „Aber wir wissen: Alles, was auch immer das Gesetz sagt, spricht es für die, die im Gesetz sind, damit jeder Mund gestopft werde und die gesamte Welt unter das gerechte ‹Gerichtsurteil› vor Gott komme.“

Röm 3:28-29: „Wir rechnen also, dass ein Mensch ‹durch› Glauben gerechtfertigt wird, ohne Werke des Gesetzes. 29 [Ist er] Gott allein der Juden? – nicht auch derer, die von den Völkern sind? Ja, auch derer, die von den Völkern sind.“

Ohne Gesetz keine Gerechtigkeit. Ohne Gerechtigkeit keine rechte staatliche Obrigkeit, die der Ordnung Gottes entspricht.

Wer sagt, Politik sei nichts für die Heiligen, weil in den Regierungen und Parteiprogrammen so viel Sünde ist, der spricht nicht so, wie die Bibel spricht. Die Bibel sagt, die staatliche Obrigkeit *ist* Gottes Dienerin (nicht: *soll* Gottes Dienerin *sein*).

Wenn sich alle gottesfürchtigen Menschen aus der Politik und aus der Regierung zurückziehen, werden ungläubige Menschen in die Politik gehen und *ihre* Politik machen.

Die Heiligen dürfen sich ihren Lebensstil nicht von ungläubigen Menschen in der Gesellschaft vorgeben lassen, nicht von (subventionierten, gekauften und mehr oder weniger gesteuerten) Massenmedien. – Die Heiligen dürfen daher nicht unpolitisch sein.